

atomstopp

atomkraftfrei leben!

2. Quartal 2007, 32. Jahrgang, Nr. 198

The background of the entire page is a photograph of the Atomium structure in Brussels, Belgium, during sunset. The structure's metallic spheres and beams are silhouetted against a warm, orange and blue sky. In the foreground on the right, a circular protest sign is visible. The sign has a dark brown outer ring and a white center with black text. The text on the sign reads 'Österreich raus aus EURATOM!' in a bold, sans-serif font. The overall mood is one of protest and environmental activism.

Österreich
raus aus
EURATOM!

MASSIVE KRITIK AM EURATOM-VERTRAG.

GUTACHTEN BESTÄTIGEN:

AUSSTIEG AUS EURATOM IST MÖGLICH!

AKTUELLE UMFRAGE:

63% DER ÖSTERREICHER WOLLEN AUSSTIEG!

Editorial / Auftakt zu den Kampagnen

Editorial

Alle namhaften Anti-Atom-Organisationen Österreichs sind der Meinung: Österreich – RAUS aus EURATOM! Und sie werden deshalb heuer mit Kampagnen starten, um den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag voranzutreiben.



Grund für die jetzt gestarteten Kampagnen: Der 50. „Geburtstag“ von EURATOM. Seit dem 25. März 1957 verfolgt EURATOM nur ein Ziel: nämlich die Voraussetzungen für eine mächtige Atomindustrie zu schaffen. Gemeinsam mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde in Rom der EURATOM-Vertrag unterzeichnet und somit einer der drei Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft. Mittlerweile ist der EURATOM-Vertrag der einzige noch übrige Gründungsvertrag der EG – denn die Förderung der Atomindustrie sollte kein Ablaufdatum haben.

Klingt das für Sie utopisch? Österreich steigt aus dem EURATOM-Vertrag aus?

Im Sinne einer glaubwürdigen Anti-Atom-Politik wäre der Schritt schon längst überfällig. Rechtlich ist es möglich (siehe S. 4), aber politisch gewollt (siehe S. 3)?

Die ÖsterreicherInnen wollen jedenfalls „RAUS AUS EURATOM“ (siehe market-Umfrage S. 8).

Schöne Grüße
Roland Egger, Obmann

ÖBB-Zugbegleiter

Seit Beginn des Winterfahrplans 2006/07 liegt in neun ÖBB-Zügen die Einschaltung zur Kampagne

auf. Gesamtauflage bis Juni 2007 – 180.000 Stück. Zu den Kampagnen siehe auch www.atomstopp.at/euratom/index.php

Haben Sie gewusst, dass...

- > Österreich - trotz seinem **Nein** zur Nutzung der Atomenergie - **Mitglied bei EURATOM** ist?
- > EURATOM seit **50** Jahren die **Atomindustrie fördert**?
- > Und Österreich deshalb **zig Millionen Euro** jährlich für die Atomindustrie **zahlen muss**?



JETZT REICHT'S!
Österreich **muss** aus EURATOM **aussteigen!**

atomstopp_atomkraftfrei leben!

A-4020 Linz, Landstraße 31/2/223
Tel. +43 732 774275
E-mail: post@atomstopp.at
www.atomstopp.at



Pressekonferenz am 17. Jänner 2007 in Wien zur Vorstellung der Kampagnen mit (v.l.n.r.): Roland Egger (atomstopp), Erwin Mayer (Greenpeace), Patricia Lorenz (GLOBAL 2000), Franz Maier (Umweltdachverband), Heinz Stockinger (PLAGE), Sylvia Steinbauer (Umweltdachverband)

Quelle: oekonews

Begründung „Österreich - Raus aus EURATOM“

Warum muss Österreich aus EURATOM RAUS?

Genügt es nicht, wie schon die Jahre zuvor eine Reformkonferenz einzufordern?

Bequemer wäre es allemal. Aber es macht schlichtweg keinen Sinn, die seit Jahren auf dem Tisch liegende Forderung Österreichs nach einer EURATOM-Revisionskonferenz weiter zu verfolgen. Bequemer wäre es allemal für die österreichischen PolitikerInnen, sich wieder in Briefeschreiben und allgemeinen Appellen zu ergehen.

Wenn es den Parteien von BLAU-ROT-ORANGE-GRÜN-SCHWARZ ernst ist, mit ihrer Anti-Atom-Position: Bitte schön! Österreich kann aus EURATOM aussteigen und es ist höchste Zeit dafür, endlich den entscheidenden Schritt zu setzen.

Nicht nach dem Motto: Ja, dürfen`s denn des? Sondern nach dem Slogan: Es reicht: 50 Jahre Förderung der Atomindustrie sind genug – Österreich muss RAUS aus EURATOM!

Kritik am EURATOM-Vertrag

Die Kritik am EURATOM-Vertrag sorgt seit langem für Diskussionsstoff. Der am 25. März 1957 unterzeichnete Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft stellt eine massive Förderung der europäischen Atomindustrie dar. EURATOM ist die Grundlage für die Finanzierung der Atomforschung, ist die Grundlage für die Verteilung von Milliardenkrediten für die Errichtung und/oder Modernisierung von Atomkraftwerken.

Dabei hat das Europäische Parlament nur beratende Funktion. Die alleinige Verantwortung für die Vergabe von EURATOM-Krediten liegt bei der Europäischen Kommission! Der EURATOM-Vertrag ist nicht mehr zeitgemäß und widerspricht einer konsumenten- und umweltfreundlichen Liberalisierung des Strommarktes. Der EURATOM-

Vertrag verpflichtet die Gemeinschaft, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen.

Vom Abschaffen des EURATOM-Vertrags war schon die Rede (u.a. von der damaligen EU-Umweltkommissarin Margot Wallström). Anti-Atom-Organisationen hofften, sich im Rahmen der Debatte um die Europäische Verfassung für ein Auslaufen des EURATOM-Vertrages stark machen zu können. Vergeblich.

Das Europäische Parlament verabschiedete im September 2003 eine Resolution, mit der die Reform des EURATOM-Vertrages eingefordert wurde. Österreich stellte 2004 gemeinsam mit Ungarn, Schweden, Deutschland und Irland in einer Erklärung (Erklärung 44) zur EU-Verfassung fest, dass die zentralen Bestimmungen des EURATOM-Vertrages seit seinem Inkrafttreten in ihrer Substanz nicht geändert worden sind und aktualisiert werden müssen. Daher würden sie den Gedanken einer Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten unterstützen, die so rasch wie möglich einberufen werden sollte.

Bisher trotzdem Nullergebnis. Man dreht sich erfolgreich im Kreis.

Politische Reaktionen

Massive Unterstützung für die Forderung der Anti-Atom-Organisationen gibt es bislang von der FPÖ, den Grünen und von der KPÖ. Die jetzige SPÖ-Justizministerin Maria Berger hat als EU-Abgeordnete, genauso wie Johannes Voggenhuber von den Grünen im Rahmen der Diskussion um die EU-Verfassung betont, dass mit einer solchen Verfassung der Ausstieg aus EURATOM möglich sei (Juli 2003). Quasi als DER schlagende Vorteil der EU-Verfassung für die atomkritischen ÖsterreicherInnen! Johannes Voggenhuber erzürnte im Juni 2004 sehr, dass ÖVP-Bundes-

kanzler Schüssel auch dann nicht einen Ausstieg aus EURATOM ins Auge fasse, wenn die Revisionskonferenz scheitern würde. Die Grünen haben mittlerweile eine klare Position zu EURATOM gefunden: Sie unterstützen die Kampagne. Und die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP?



Wie lange dreht man sich mit der Forderung nach einer EURATOM-Revisionskonferenz noch im Kreis?

Aktuelles Regierungsprogramm (XXIII. Gesetzgebungsperiode)

SPÖ und ÖVP bleiben in ihrem Regierungsprogramm beim Punkt „EURATOM“ weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Wie schon in der Vergangenheit von Umweltminister Pröll immer wieder betont wurde, wird auch die jetzige Bundesregierung nicht mehr tun, als ihre Bemühungen im Hinblick auf eine Reform des EURATOM-Vertrages fortzusetzen. Warum die jetzigen Regierungsparteien glauben – angesichts der flammenden Diskussion rund um „Atomenergie als Klimarettung“ – dass sich die Stimmung für eine EURATOM-Revisionskonferenz auch nur einen Deut gebessert hätte, bleibt rätselhaft. Ebenso wie die Initiativen, die die jetzige Regierung zu setzen gedenkt.

Rechtlich ist ein Ausstieg aus EURATOM möglich!

Rechtlich ist ein Ausstieg aus EURATOM möglich!

Mehrere Gutachten/Studien und Rechtsmeinungen* verweisen auf die Möglichkeit eines einseitigen Ausstiegs eines Landes aus dem EURATOM-Vertrag.

Immer im Mittelpunkt: Völkergewohnheitsrecht nach Artikel 56 Wiener Vertragskonvention I

Demnach ist ein Austritt aus dem EURATOM-Vertrag möglich, weil der Vertrag keine Festlegung für seine Beendigung enthält!

Anders als die zwei anderen Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft hat der EURATOM-Vertrag kein Ablaufdatum. Der Vertrag über Kohle und Stahl (EGKS) ist nach 50 Jahren automatisch ausgelaufen und seit dem 23. Juli 2003 Geschichte.

Für die besonders interessierten LeserInnen, die es gewohnt sind, Juristendeutsch zu lesen, die entsprechenden Passagen aus der Stellungnahme von Michael Geistlinger:

Passagen aus der Stellungnahme von Prof. Dr. Michael Geistlinger, Universität Salzburg: Überlegungen zur Möglichkeit eines einseitigen Ausstiegs aus dem EURATOM-Vertrag (angestellt für die Konferenz: Energy Intelligence for Europe – The Euratom treaty and future energy options: Conditions for a level playing field in the energy sector, Kopenhagen 23. September 2005).



Prof. Michael Geistlinger bei der Pressekonferenz am 17. Jänner 2007 in Wien
Quelle: oekonews

Bestimmungen im EURATOM-Vertrag über dessen Beendigung

Art. 208 EURATOM-Vertrag bestimmt, dass dieser Vertrag auf unbestimmte Dauer abgeschlossen ist. Der Vertrag enthält eine Bestimmung betreffend das Stimmrecht und andere Rechte eines Mitglied-

staates (Art. 204), trifft jedoch keine Festlegungen hinsichtlich seiner Beendigung, ob nun durch einseitigen Austritt, durch Anwendung der so genannten *clausula rebus sic stantibus* oder aus irgendeinem anderen Grund. Somit kommen die Bestimmungen des allgemeinen Völkerrechts betreffend die Beendigung eines völkerrechtlichen Vertrages zur Anwendung.

Zur Anwendbarkeit der Wiener Konvention von 1969 über das Vertragsrecht

Da die Wiener Konvention von 1969 über das Vertragsrecht gemäß ihrem Art. 4 nicht zu-rückwirkt, ist sie nicht unmittelbar auf den am 25. März 1957 unterzeichneten EURATOM-Vertrag anwendbar. Die Mehrzahl der Bestimmungen der Wiener Vertragsrechtskonvention werden aber als Teil des Völkergewohnheitsrechts betrachtet und waren als solche auch 1957 in Kraft, als der EURATOM-Vertrag abgeschlossen wurde. Die Wiener Vertragsrechtskonvention (WVK I) ist immer noch nicht für alle Mitglieder der Europäischen Union bindend. Ungeachtet dessen sind aufgrund der Rechtsnatur der in der WVK kodifizierten Bestimmungen zum völkerrechtlichen Vertragsrecht als Teil des Völkergewohnheitsrechts alle Mitglieder der EU und des EURATOM-Vertrages – auch jener, die nicht Mitglied der WVK I sind – indirekt und insoweit an deren Bestimmungen gebunden, als diese das allgemeine Völkergewohnheitsrecht widerspiegeln. ⁽¹⁾

Die Regel in Art. 65 WVK I über den Austritt aus einem Vertrag, der keine Bestimmung hinsichtlich Beendigung, Kündigung oder Austritt enthält, wird als eine solche Regel des Völkergewohnheitsrechts betrachtet.

Art. 56 WVK I lautet wie folgt:

„1. Ein Vertrag, der keine Bestimmung betreffend seine Beendigung enthält und keine Kündigung oder Austritt vorsieht, kann nicht gekündigt oder verlassen werden, es sei denn

a) es ist erwiesen, dass die Vertragsparteien die Möglichkeit von Kündigung oder Austritt zuzulassen beabsichtigten; oder

b) ein Recht auf Kündigung oder Austritt aus dem Wesen des Vertrages abgeleitet werden kann.“

2. Eine Vertragspartei hat nach Ankündigung ihrer Absicht, den Vertrag gemäß Absatz 1 zu kündigen oder daraus auszutreten, eine mindestens zwölfmonatige Frist einzuhalten.“

Es bedarf weiterer geschichtlicher Analyse der Jahre um 1956 und 1957, um zu klären, was die Vertragsparteien zuzulassen beabsichtigten, als sie den EURATOM-Vertrag abschlossen. Dies kann in dieser bescheidenen gutachterlichen Stellungnahme offen gelassen werden, weil sich ohne weiteres zeigen lässt, dass der EURATOM-Vertrag ein Vertragswerk ist, das unter das Recht auf Beendigung gemäß Art. 56, Abs. 1, lit. b fällt.

Gemäß den Kommentaren der In-

ternational Law Commission (ILC) gibt es bestimmte Verträge, die schon aus ihrem Wesen heraus die Möglichkeit eines einseitigen Austritts ausschließen, falls eine Bestimmung über ihre Beendigung in ihnen nicht enthalten ist. Solche Verträge sind Friedensverträge oder Verträge, die ein langlebiges Territorialregime festlegen⁽²⁾, aber auch Verträge, die von Natur aus von begrenzter Dauer sind. In ihrem Kommentar zu Art. 17 des Entwurfes zur Wiener Vertragskonvention äußerte die International Law Commission (ILC) insbesondere:

„(b) Im Falle eines Vertrages, der das Gründungsinstrument einer Internationalen Organisation ist, hat, falls der Organisationsgebrauch nichts anderes vorschreibt, eine Partei das Recht, aus dem Vertrag und aus der Organisation auszutreten, wobei sie eine Kündigungsfrist einzuhalten hat, die das zuständige Organ der Organisation gemäß deren anzuwendendem Abstimmungsverfahren als angemessen beschließt.“⁽³⁾

Im Verlauf der späteren Diskussion innerhalb der ILC über diese Bestimmung, die schließlich in die oben zitierte Bestimmung des Art. 56 mündete, ging die ILC zu einem praktikableren und einheitlichen Verfahren für alle Fälle über, in denen ein Recht auf einseitigen Rückzug aus einem Vertrag zur Anwendung kommt. Absatz 2 dieser Bestimmung verlangt, dass die Kündigung mindestens zwölf Monate vor der beabsichtigten Vertragsbeendigung mitgeteilt wird. Zweifel sind zulässig, ob der Zeitrahmen

von „mindestens zwölf Monaten“ Teil des Völkergewohnheitsrechts geworden ist, beziehungsweise bereits 1957 Teil davon war.⁽⁴⁾ Was jedoch als gesichert gelten kann, ist, dass eine schriftliche Kündigung, die in angemessener Zeit vor der beabsichtigten Vertragsbeendigung erfolgt, nach dem Völkergewohnheitsrecht 1957 erforderlich war und heute erforderlich ist.

Anwendbarkeit des Völkergewohnheitsrechts über die Kündigung von Verträgen auf den EURATOM-Vertrag

Aus obiger Darlegung folgt, dass gemäß dem Völkergewohnheitsrecht nach Art. 56 der Wiener Vertragsrechtskonvention ein Recht auf einseitigen Austritt aus dem EURATOM-Vertrag besteht. Der EURATOM-Vertrag ist nach wie vor nichts anderes als ein Vertrag, der eine internationale Organisation begründet. Diese Organisation fällt unter das Dach der Europäischen Union, hat jedoch dadurch sein Wesen weder verloren noch geändert. Ein allfälliges Inkrafttreten des Vertrages für eine Europäische Verfassung⁽⁵⁾ wird auf die Rechtslage hinsichtlich des möglichen einseitigen Austritts aus dem EURATOM-Vertrag keine Auswirkung haben, da der EURATOM-Vertrag von der durch diesen Verfassungsentwurf initiierten Entwicklung des europäischen Rechts nicht betroffen sein wird.

Unterstützung durch deutsche Gutachten

Im Auftrag der Bundestagsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen wurden die europä-, völker- und verfassungsrechtlichen Optionen für die Bundesrepublik Deutschland beleuchtet. Ein Gutachten von Prof. Dr. Bernhard Wegener der Universität Erlangen-Nürnberg (März 2007) kommt wie Prof. Geistlinger und Prof. Rotter zumselben Schluss: Ein Austritt aus EURATOM ist möglich. Renate Künast (derzeit Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen – ehemalige deutsche Bundesministerin für Verbraucherschutzministerin) fordert gemeinsam mit Jürgen Trittin (ehemaliger deutscher Umweltminister) den Austritt Deutschlands aus dem EURATOM-Vertrag.

^(*) Univ.-Prof. Dr. Manfred Rotter, Universität Linz: *Rechtlich geordneter Austritt aus der Europäischen Atomgemeinschaft vor und nach Inkrafttreten des Verfassungsvertrages - Gutachten im Auftrag des Landes OÖ, 2003.* / Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger, Universität Salzburg: *Überlegungen zur Möglichkeit eines einseitigen Ausstiegs aus dem EURATOM-Vertrag (angestellt für die Konferenz: Energy Intelligence for Europe – The Euratom treaty and future energy options: Conditions for a level playing field in the energy sector, Kopenhagen 23. September 2005).* / Dr. Dörte Fouquet: *Deutschland muss endlich einsteigen in den Ausstieg von Euratom; in Magazin für erneuerbare Energien - Nr. 7/Juli 2003.*

⁽¹⁾ Siehe z.B. P. Reuter, *Introduction to the Law of Treaties.* London, New York 1989, 22 (Nr. 62).

⁽²⁾ Siehe z.B. S. Bastid, *Les traités dans la vie internationale.* Paris 1985, 202.

⁽³⁾ *Yearbook of the International Law Commission* 1963, II, 64.

⁽⁴⁾ Bastid (Fußn. 2) ist der Ansicht, daß die ILC der geltenden Praxis der Staaten folgte, die eine solche Zeitspanne verlangten.

⁽⁵⁾ *Amtsblatt der Europäischen Union* C 310, Vol. 47 (16. Dezember 2004).



Konferenz der Grünen Fraktion im Europäischen Parlament am 8./9. März 2007 in Brüssel. Wesentlicher Diskussionspunkt: Der EURATOM-Vertrag. Ebenfalls bei der Konferenz dabei: Der EU-Umweltkommissar Stavros Dimas (mittleres Bild).

Opernball

atomstopp_oberoesterreich und Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) auf Wiener Opernball 2007



atomstopp und PLAGE im Blitzlichtgewitter auf der Feststiege in der Wiener Staatsoper

Quelle: PLAGE

reichen Fernsehkameras gehalten wurde. Bundespräsident Fischer, Bundeskanzler Gusenbauer, Vizekanzler Molterer, Außenministerin Plassnik, Energieminister Bartenstein, Forschungsminister Faymann ... allen wurden während der Formationseinlagen der DebütantInnen die rote Anti-Atom-Sonne vor Augen geführt.

Beim Tanzen

Vor dem Anti-Atom-Walzer legten die Herren ihre Schärpen an und mischten sich mit ihren Begleiterinnen unter die tanzenden Ballgäste. Das Gelb der Kleider war auffallend genug, die rote Sonne tat das ihrige dazu, um auf die Botschaft „RAUS aus EURATOM“ hinzuweisen. Zweck also 100% erfüllt!

Ballbesucher

Mit einigen BallbesucherInnen gab es sehr nette Gespräche – und viel Lob für unsere Aktion!

Medien

Das Medienecho auf die „staatstragende“ Aktion war sehr gut (Berichte in der Kronenzeitung, im Standard, in den Salzburger Nachrichten, in Österreichs Neue, Salzburger Fenster, Freistädter Rund-

Mit der Forderung „Österreich – RAUS aus EURATOM“ mischten sich beim Wiener Opernball 2007 die Vertreter der Anti-Atom-Organisationen unter die Prominenz aus Politik und Wirtschaft. Bereits auf der Feststiege standen die ganz in Gelb gekleideten Frauen (Gudrun Horky, Stefanie Neff und Gabriele Schweiger) im Blitzlichtgewitter! Im Mittelpunkt: die rote Anti-Atom-Sonne und die Forderung „RAUS aus EURATOM!“.

Die Herren (Hans-Jörg Horky, Thomas Neff und Roland Egger) hatten lediglich Statistenrolle. Nachdem aber die erste Hürde in die Oper hinein geschafft war und sich der Ordnerdienst als sehr zuvorkommend erwiesen hat (Frage: „Haben Sie sonst noch irgendeinen Aktivismus geplant? Haben Sie Trillerpfeifen mit? Ok – wenn nicht, dann können Sie gerne hierbleiben.“), wurde durch die Gänge der Oper gewandelt.

Politikerreaktionen

Es war nicht Ziel der Aktion, unangenehm beim Wiener Opernball aufzufallen: vielmehr sollte durch unsere Präsenz an den Problemfall

„EURATOM-Vertrag“ erinnert werden und auf die nicht glaubwürdige Anti-Atom-Politik von so manchen PolitikerInnen.

Zählen pikarte Politikerblicke als Reaktion? Die rote Anti-Atom-Sonne war jedenfalls nicht zu übersehen – auch das Transparent, das in die Stola eingearbeitet war, und das so oft wie möglich in die zahl-



Thomas und Stefanie Neff (PLAGE), Roland Egger (atomstopp), Gabriele Schweiger (Freistädter Mütter gegen Atomgefahr), Gudrun Horky (atomstopp) - fotografiert von Hans-Jörg Horky

schau, Kurier, Oberösterreich, zu sehen auf LT1, ATV, ORF und auf vielen Online-Medien) – wahrscheinlich war seit 15 Jahren das Thema „EURATOM“ in den Medien nicht so präsent wie an den Tagen nach dem Wiener Opernball 2007.



Hans-Jörg und Gudrun Horky beim Anti-Atom-Walzer

Quelle: PLAGE

Wie alles begann – eine persönliche Rückschau von Roland Egger

Wann ich das erstmal die Idee „Opernball“ angesprochen habe? Schwer zu sagen:

Ich erinnere mich an ein Treffen mit Hans-Jörg in Goldwörth. Einige Tage Urlaub und ein wenig Verschnaufen taten mir sehr gut und plötzlich schwirrte die Idee mit dem Opernball herum. Hans-Jörg war interessiert an der Aktion. Verrückt klang die Idee allemal.

Ich erinnere mich an ein Treffen mit Thomas Neff in Salzburg – die Reaktion dort: überwältigt und schon am Durchdenken der grundsätzlichen Idee. EURATOM wird im Mittelpunkt stehen – das war von Anfang an klar. Liesl Teufel war völlig angetan von der Idee und auch ganz spontan, mit ihrer Zusage, Kleider für den Ball zu schneiden.

Von der Idee bis zum Ball sollten aber noch mehr als ein Jahr vergehen, denn die erste Kartenanfrage wurde negativ beantwortet. Zu kurzfristig war unser Wunsch. Gut:

dann eben ein Jahr später. Die abschlägige Antwort war der Startschuss für die neuerliche Anfrage:

Und dann passierte einmal für Monate nichts.

So-nebenbei-Gespräche mit den ins Auge gefassten Aktivisten ergaben wenig Begeisterung. „Nein – auf den Opernball gehen wir niemals!“ Naja – lassen wir das ganze einmal herankommen, dachte ich mir – ungewohnt gelassen. Als dann im September 2006 die Zusage für die Karten kam, ging es ans



Nicht zu übersehen in ihren gelben Ballkleidern...

Quelle: PLAGE



Nur geliehen: die wohl edelste „Uniform“ für Anti-Atom-Aktivisten...

Quelle: PLAGE

Eingemachte. Man war verwundert, dass „du noch überhaupt niemanden hast, der auf den Ball mitgehen wird! Das ist man von dir ja gar nicht gewohnt!“ Nein, das war ich auch nicht gewohnt – aber letzten Endes ist alles perfekt gelaufen und wir waren sehr zufrieden mit Aktionsidee – und die Medien wohl auch.

Dank Gabi, Gudrun, Stefanie, Hans-Jörg und Thomas!

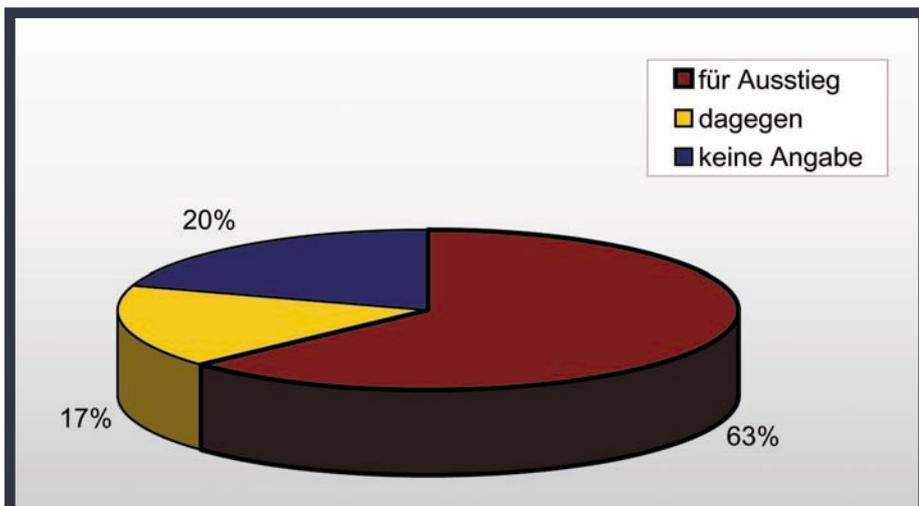


Gut im Blickfeld der Mittelloge (Bundespräsident und Bundesregierung): ein Transparent mit der Forderung „RAUS AUS EURATOM“

Quelle: PLAGE

EURATOM-Umfrage

63% der ÖsterreicherInnen wollen den Ausstieg aus EURATOM



Knapp 2/3 der ÖsterreicherInnen wollen RAUS aus EURATOM!

(market-Umfrage Februar 2007)

terreicherInnen dann abstimmen?

Wenn es eine Volksabstimmung für oder gegen den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag geben würde, würden zwei Drittel (65%) für den Ausstieg stimmen.

Die Ergebnisse der EURATOM-Umfrage wurden am 19. März 2007 in einer Pressekonferenz in Linz gemeinsam mit Landesrat Anschöber, David Pfarrhofer (market-Institut), Heinz Stockinger (PLAGE, Salzburg) und Roland Egger (atomstopp) vorgestellt.

Landesrat Anschöber bei der Pressekonferenz: „Es ist rechtlich einwandfrei bewiesen, dass der Austritt aus Euratom für EU-Mitgliedsstaaten durchführbar ist. Daher muss Österreich eine entsprechende Initiative auf Austritt aus dem EURATOM-Vertrag starten.“

* Dokumentation der Umfrage: market-Institut, Markt- und MeinungsforschungsgesmbH, Linz, Untersuchungsmethodik: telefonische CATI-Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 18 Jahren, Befragungszeitraum: 26./27. Februar 2007, Auswahlmethode: Kombination aus Random- und Quotaauswahl; Auswertungsbasis: n= 501, max. statistische Schwankungsbreite: +/- 4,48%, Studienleitung: ppa. Dr. David Pfarrhofer, MMag. Maria Koller.

In einer von atomstopp_atomkraftfrei leben! in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage* zeigt sich:

Die Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM stößt bei der österreichischen Bevölkerung auf wenig Begeisterung:

Das Ziel des 1957 begründeten EURATOM-Vertrages – nämlich den Ausbau der Atomindustrie – sehen 64% der ÖsterreicherInnen nicht mehr als zeitgemäß!

Kritik wird auch an den jährlichen Zahlungen geübt:

Den EURATOM-Zahlungen Österreichs – derzeit in der Höhe von 40 Millionen EURO – fast drei Viertel der Befragten (71%) steht man eher negativ (30%) bzw. sehr negativ (41%) gegenüber.

Positiv stehen die ÖsterreicherInnen einem Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag gegenüber:

Einen Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag würden 42% der Befragten in JEDEM Fall befürworten, weitere 21% eher schon! Verschwindend gering der Anteil der ÖsterreicherInnen,

die auf keinen Fall aus dem EURATOM-Vertrag aussteigen wollen (5%).

Die Ausstiegsbefürworter sind der Ansicht, dass man keine Atomenergie braucht und das Geld lieber in andere Energiequellen investiert werden sollte.

Jeder zweite Österreicher würde nach eigenen Angaben auf jeden Fall an einer Volksabstimmung über den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag teilnehmen, weitere 20% würde wahrscheinlich die Stimme abgeben und wie würden die Ös-



Rudi Anschöber (Grüne), David Pfarrhofer (market-Institut, im Bild links) und Heinz Stockinger (PLAGE, im Bild rechts) bei der Pressekonferenz am 19. März 2007 in Linz

Europäische Petition gegen Atomkraft

Abschluss der Unterschriftenaktion

Die Vorgeschichte 2004

Ulla Klötzer von der Organisation „Finnische Frauen gegen Atomenergie“ ist bei einer Konferenz der Werkstatt Frieden und Solidarität in Linz voller Elan aufgetreten: „Lasst uns eine Europäische Petition zum Ausstieg aus der Atomenergie starten!“ Zweifelnde Blicke und Einwände zerstreute sie mit links – und wer Ulla schon einmal erlebt hat, weiß, dass sie das sehr gut kann. „Wir werden die Unterschriften über das Internet sammeln! Das funktioniert sicher!“

Aber wer soll das Ganze ins Laufen bringen? Mit dem Réseau Sortir du nucléaire und WISE Amsterdam wurden zwei starke Partner ge-



Unterschriftenaktion am Stephansplatz in Wien, März 2006

Quelle: GLOBAL 2000



IAEA-Tschernobyl-Konferenz im September 2005

Quelle: GLOBAL 2000

funden. Andreas Reimer vom Aktionskomitee Stop Temelin brachte das technische Rüstzeug ein und unterstützte - wo es ging - beim Aufbau der Homepage, dem Einrichten von entsprechenden Online-Formularen und dann ging es los – zum Tschernobyl-Gedenktag im April 2004. Unterstützung für die Petition gab es in Oberösterreich auch und vor allem von den Vereinen Sonne+Freiheit und den Freistädter Müttern gegen Atomgefahr. „Große“ Anti-Atom-Organisati-

onen hielten sich zurück, immerhin reichte die Idee aber für eine Verlinkung auf den jeweiligen Internet-Seiten - GLOBAL 2000 sollte später in die Unterschriftensammlung einsteigen und mit all seinem Gewicht und seiner Kraft im Netzwerk von „Friends of the Earth“ Stimmung für die Unterschriftenaktion machen.

Ein Highlight – März 2006

Immer wieder wurden Infostände gemacht, Aktionen genutzt, um auf die Unterschriftensammlung hin-

zuweisen (u.a. Aktion anlässlich der IAEA-Konferenz im September 2005).

Zweifelsohne eine sehr gelungene Idee war dann von Silva Herrmann (GLOBAL 2000), in europäischen Städten an einem Tag gemeinsam für die Unterschriftenaktion zu werben: Gabi Schweiger und Roland Egger waren dazu auf dem Wiener Stephansplatz – gemeinsam mit der sehr aktiven Wiener Plattform für eine atomkraftfreie Zukunft und Vertretern von GLOBAL 2000! Gleichzeitig fanden auch Aktionen in Edinburg (Schottland), Perpignan (Frankreich), Strassburg (Frankreich), Schwerin (Deutschland), Riga (Lettland), Utrecht & Arnhem (Niederlande) und Sofia (Bulgarien) statt.

Unterschriftenstatistik

Gesamt: 634.686

Die 5 Spitzenreiter:

178.951	Frankreich
142.879	Deutschland
121.525	Österreich
20.888	Niederlande
19.293	Schweiz

**Endergebnis: 634.686
Unterschriften gegen die
ATOMENERGIE**

782 Organisationen aus ganz Europa schlossen sich der Kampagne an und letzten Endes wurden auf vier Internet-Seiten Unterschriften gesammelt (www.atomstopp.at/1million; www.global.at; www.million-against-nuclear.net; www.antenna.nl/wise): Als besonders effektiv haben sich aber – auch im „Zeitalter“ des Internets die guten, alten Unterschriftenlisten auf Papier erwiesen. Die österreichischen Unterschriften wurden am 20. März im Bundeskanzleramt in Wien abgegeben.

121.525 Unterschriften aus Österreich! Damit hat sich das kleine Land an der Donau wieder einmal als Speerspitze des europäischen Atomwiderstands erwiesen.

Die Europäische Petition richtet sich an die Regierungen in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU, an die Europäische Kommission und an das Europäische Parlament; denn es wird gefordert:

- Stoppen oder verhindern Sie den Neubau von Atomanlagen in Europa!
- Veranlassen Sie, dass die



Übergabe der österreichischen Unterschriften im Bundeskanzleramt in Wien

Europäische Union und jeder Staat der EU, der Atomkraftwerke betreibt, Ausstiegspläne aus der Atomindustrie vorlegt

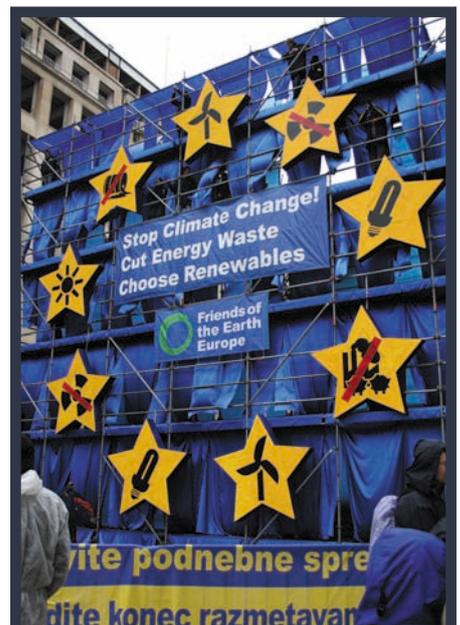
- der Ausstieg soll so schnell wie möglich erfolgen!
- Setzen Sie sich für ein umfassendes Investitionsprogramm in Richtung Energieeffizienz und Entwicklung von Erneuerbaren Energien ein!
- Setzen Sie sich für das Auslaufen des wettbewerbsverzerrenden und veralteten Euratom-Vertrages ein!

tom-Vertrages ein! Mit diesem Vertrag werden öffentliche Gelder für die Stützung der Atomindustrie verwendet!

Am 23. März wurden in einer gemeinsamen Aktion von „Friends of the Earth Europe“, atomstopp, Wise Amsterdam, dem Réseau Sortir du nucléaire und den Finnischen Frauen gegen Atomenergie die europaweit gesammelten Unterschriften in Brüssel an EU-Kommissar Andris Piebalgs übergeben.



EU-Energiekommissar Piebalgs übernimmt anlässlich des 50. Jahrestags von EURATOM 634.686 Unterschriften gegen Atomkraft



Aktion von „Friends of the Earth Europe“ in Brüssel am 9. März 2007

Ich will, dass Österreich aus EURATOM aussteigt!

- > EURATOM fördert seit 50 Jahren die Atomindustrie mit Milliardenkrediten.
- > Österreich ist trotz seinem Nein zur Nutzung der Atomenergie Mitglied bei EURATOM.
- > Österreich zahlt deshalb zig Millionen Euro jährlich für die Atomindustrie mit.
- > Das Europäische Parlament hat keine Mitentscheidungskompetenz bei der Vergabe von EURATOM-Krediten.
- > Eine umfassende Revision des EURATOM-Vertrags wird seit Jahren verweigert!



Vorname/Name	Straße	PLZ	Ort	Unterschrift	Ich will Info-Material per Post
					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein



atomstopp_atomkraftfrei leben!
A-4020 Linz, Landstraße 31/2/223
Tel. +43 732 774275
E-mail: post@atomstopp.at
www.atomstopp.at



Ja, ich will,

dass Österreich aus dem
EURATOM-Vertrag aussteigt!
Unterschreiben Sie jetzt!

Die Unterschriftenliste finden Sie auf der Innenseite.



Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: *atomstopp_atomkraftfrei leben!*
Für den Inhalt verantwortlich: *Roland Egger*, Layout und grafische Umsetzung: *Klemens Reinthaler*,
Redaktion: *Landstraße 31/II/223, 4020 Linz*, Tel: (0732) 774275 | Fax: (0732) 785602
Homepage: *www.atomkraftfrei-leben.at*, eMail: *post@atomstopp.at*
Spendenkonto: *Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377*
Druck: *Plöchl Druck GmHH, 4240 Freistadt Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M*

